

**Einfache Anfrage Gschwend-Altstätten:
«Kindesschutz wirksam umsetzen**

Seit dem 1. Juli 2026 ist Gewalt in der Erziehung explizit verboten. Art. 302 ZGB wurde folgendermassen ergänzt: «¹ [...] Insbesondere haben sie [die Eltern] das Kind ohne Anwendung von Gewalt zu erziehen, namentlich ohne körperliche Bestrafungen und andere Formen erniedrigender Behandlung. ⁴ Die Kantone sorgen dafür, dass sich die Eltern und das Kind bei Schwierigkeiten in der Erziehung gemeinsam oder einzeln an Beratungsstellen wenden können.»

Mit einer Kampagne sollen Eltern, Kinder und die ganze Bevölkerung informiert und sensibilisiert werden sollen. Bereits in der Botschaft hatte der Bundesrat die Verantwortung für Präventionskampagnen den Kantonen zugewiesen.

Fast gleichzeitig mit der Inkraftsetzung des neuen Artikels im ZGB ist bekannt geworden, dass es in der Schweiz so viele Kindesmisshandlungen gegeben hat wie noch nie. Im Jahr 2025 registrierten die Kinderkliniken 2'380 Opfer. Am häufigsten dokumentierten die Spitäler körperliche Gewalt, gefolgt von Vernachlässigung und psychischer Misshandlung. Rund 70 Prozent der mutmasslichen Täter stammen aus der eigenen Familie, über 40 Prozent der Opfer waren jünger als sechs Jahre.

Vor diesem Hintergrund werden die Verpflichtung der Kantone zu niederschwelligen Beratungsstellen und die Lancierung von Präventions- und Sensibilisierungskampagnen noch wichtiger.

Ich bitte die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Der Bund beauftragt die Kantone insbesondere in Art. 302 Abs. 4 ZGB Beratungsstellen bereit zu stellen. Wie ist die Versorgung des Kantons St.Gallen mit Familienberatungsstellen aktuell bestückt – finanziell und personell?
2. Wie viele Beratungsstellen stehen heute zur Verfügung und sind zusätzliche sind geplant?
3. Der Bund hat die Kantone gemäss Medienberichten beauftragt, Sensibilisierungskampagnen zu lancieren. Welche Kampagnen plant der Kanton in den nächsten Jahren und wie viele Mittel setzt er dafür ein?
4. Wie gedenkt die Regierung, die Sensibilisierung in den Schulen, der Schulsozialarbeit zu fördern?»

13. Juli 2026

Gschwend-Altstätten